

Ostfildern, 7.12.2016

## **Kindergartengebühren**

Sehr geehrter Herr Bolay, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Vor bald zwei Jahren lag uns in den Stadtratsausschüssen das letzte Mal eine Vorlage zum Thema Kinderbetreuungsgebührenmodell vor. Das Ziel für uns Grüne war es, diese Chance zu nutzen und das Modell strukturell und inhaltlich zu aktualisieren. Leider war damals die Bereitschaft der anderen Fraktionen und auch der Verwaltung nicht besonders hoch und am Ende wurde leider nur eine Preiserhöhung beschlossen, die wir abgelehnt haben.

Eine aus unserer Sicht verpasste Chance, die jedoch die Elternschaft aufweckte.

Durch das Engagement und den intensiven Einsatz des Vorstandes des Gesamtelternbeirates wurde die Gebührenordnung zusammen mit der Verwaltung und den Fraktionen inhaltlich überarbeitet mit dem Ergebnis der uns nun dargelegten Vorlage. Ohne dieses Engagement und die vielen Arbeitsstunden des Elternbeirates wäre diese Vorlage sicherlich nicht zustande gekommen. Hierzu möchten wir uns ausdrücklich bedanken.

Im bisherigen Gebührenmodell haben wir Grünen unter den Gesichtspunkten Transparent und Gerechtigkeit zwei Kernanliegen bemängelt:

- 1.) Dass die Einkommensabhängige Gebührentabelle bei 62.000 Euro aufhört. Dies führt dazu, dass zwei Drittel der Eltern in der Höchststufe eingestuft wurden u.a., da das Durchschnittseinkommen eines Haushaltes in Ostfildern bei 72.000 Euro liegt. Diese wurde seit der Einführung des Modells nicht weiter angepasst und muss dringend aktualisiert werden, damit wir auch weiterhin von einer Einkommensabhängigkeit sprechen können. An dem Prinzip der Einkommensabhängigkeit "starke Schultern können einen höheren Anteil der Kosten tragen" halten wir auch weiterhin fest und halten es für gerecht.
- 2.) Der Gebührensprung zwischen Verlängerte Öffnungszeiten (VÖ) und Ganztage (GATA) war für uns weder transparent noch gerecht. Aktuell kostet die Betreuungsstunde für drei zusätzliche Stunden bei GATA doppelt so viel wie die ersten sieben Stunden bei VÖ. Dies war für uns nicht nachvollziehbar. Hier war unsere Forderung, dass alle Betreuungsstunden gleich zu bewerten sind.

In der aktuellen Vorlage finden wir unsere Forderungen, die auch der GEB gefordert hat, wieder.

Die Einkommensabhängigkeit wurde durch weitere Stufen auf Einkommen bis 95.000 Euro erweitert, so dass wieder eine Einkommenseinteilung für mehr als nur ein Drittel der Eltern stattfinden kann. Eine Einkommensabhängigkeit der Gebühren wird so wieder hergestellt und auf einen aktuellen Stand gebracht. Die Gebühren stehen dabei im Verhältnis zum Einkommen und es wurde sogar eine Steuerprogression in diesem Faktor ebenfalls berücksichtigt.

Für uns am wichtigsten: es wurde ein einheitlicher Stundensatz für alle Betreuungsstunden ermittelt und dessen Berechnung durch die Stadt nachvollziehbar und transparent dargelegt. Dieser neue einheitliche Stundensatz beendet die ungerechte und nicht nachvollziehbare Gebührenverdopplung für Ganztagsplätze und schafft so mehr Gerechtigkeit der Gebührenmodelle.

Er ermöglicht es außerdem den freien Trägern, neue und flexiblere Angebote zu gestalten, wo diese bisher durch den starren Rahmen VÖ und GATA bei fixen Gebühren eingeschränkt waren. Wir sind gespannt, wie sich diese neue Freiheit in der Angebotsgestaltung auswirkt. Ebenfalls wird dadurch das Angebot der GATA-Plätze, die bisher im Verhältnis übersteuert waren, attraktiver. Auch hier bleibt abzuwarten, wie dieses neue Angebot bei der Platzbelegung Auswirkungen zeigt.

Bezüglich der Gebührenhöhe ist bei der Verwaltungsvorlage von Einnahmenerhöhungen abgesehen worden, was wir begrüßen. Der Stundensatz wurde durch eine Simulation ermittelt mit Hilfe der statistischen Einkommensverteilung in Baden Württemberg. Die Simulation wurde durch den intensiven Einsatz des GEB aufgestellt.

Grundsätzlich ist die Grüne Fraktion jedoch der Meinung, dass wir uns mit den Gebühren bereits auf einem sehr hohen Niveau befinden. Die Stadt Ostfildern vergleicht Gewerbesteuern mit den Kommunen in der Umgebung, nicht jedoch die Kindergartengebühren. Dies würden wir uns bei künftigen Diskussionen der Gebührenhöhe ebenfalls wünschen.

Gerade junge Familien mit Kindern befinden sich in der Rush Hour des Lebens, bei denen Kindergartengebühren eine zusätzliche Belastung darstellen, wenn diese sich erhöhen. Aus diesem Grund haben wir bereits die letzten Gebührenerhöhungen der Stadt abgelehnt und würden uns eigentlich eine Gebührensenkung wünschen.

Kinderbetreuung ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die nicht alleine auf den Eltern abgelegt werden kann, da wir alle von Kinderbetreuung profitieren. So führt eine Kinderbetreuung, die es beiden Elternteilen ermöglicht zu arbeiten, auch zu einem höheren Einkommenssteueranteil, ein Faktor, der nicht vernachlässigt werden sollte.

Kinderbetreuung stellt einen Standortfaktor für qualifizierte Arbeitskräfte und damit auch für Unternehmen dar und zuletzt stellt es eine Investition in frühkindliche Erziehung und Bildung für die künftige Generation dar, die unser Land wirtschaftlich tragen wird.

Kinderbetreuung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und wir sind der Meinung, dass weitere Kostenerhöhungen seitens der Stadt entsprechend aus den allgemeinen Steuereinnahmen mitfinanziert werden sollten.

Da niemand sagen kann, wie sich die Strukturänderungen sich auf die Einnahmensituation der Stadt auswirkt und auch die Simulation eine Kaffeesatzleserei darstellt, ist es richtig, in einem ersten Schritt mit den bisherigen Einnahmen zu rechnen und weder Erhöhungen noch Senkungen einzupreisen. Die Auswirkungen der Änderungen sollten jedoch zeitnah von der Verwaltung

erfasst werden, falls weitere Korrekturen notwendig werden. Wir gehen beispielsweise davon aus, dass es auch möglich ist, dass Ostfildern Einkommen oberhalb der durchschnittlichen Statistik Baden Württembergs hat. Sollte dies zu höheren Einnahmen führen als bisher kalkuliert, muss zwingend auch über eine Gebührensenkung gesprochen werden.

Die Grüne Fraktion stimmt der Vorlage zu.